

INTERNATIONALAKTUELL



Wirtschaftsriese und Weltmacht

Wie Xi Jinping den chinesischen Traum verwirklicht



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030-20308-2335 | Fax 030-20308-2444
Verantwortlich: Julia Arnold | E-Mail: arnold.julia@dihk.de

Im 40. Jahr der Reform- und Öffnungspolitik Chinas stehen wirtschaftliche Fragen weit oben auf der Agenda der Regierung. Mit industriepolitischen Strategien wie „Made-in-China 2025“ versucht das Land die Weichen für den Aufstieg zur führenden Industriemacht bis 2049 zu stellen.

Auf dem Nationalen Volkskongress (NVK) im März spielten wirtschaftspolitische Themen dementsprechend eine wichtige Rolle. Die jährliche Tagung des fast 3000-köpfigen chinesischen Parlaments in Peking wurde dieses Jahr in Deutschland besonders aufmerksam verfolgt. Im Vordergrund stand dabei die erwartete Aufhebung der Befristung des obersten Staatsamtes, die Xi Jinping über die bisher übliche zweite Amtszeit hinaus ermöglicht, Staatspräsident zu bleiben. Zusammen mit der Aufnahme der „Xi Jinping-Gedanken über den Sozialismus chinesischer Prägung für eine Neue Ära“ in die Staatsverfassung setzt sich damit die Entwicklung der Zentralisierung und Stärkung der Person Xi Jinping fort, die bereits vom 19. Parteitag der Kommunistischen Partei (KP) Chinas im Oktober 2017 verabschiedet wurde.

Unmittelbar gravierendere Auswirkungen insbesondere auch für die Unternehmen im Land könnten aber die Verfassungsänderungen und institutionellen Umstrukturierungen haben, mit denen die Verschmelzung von Staat und KP vorangetrieben wird. Experteneinschätzungen zufolge handelt es sich um den größten Umbau der Verwaltung seit 20 Jahren.

■ Die wirtschaftliche Verflechtung nimmt zu

Rund 30 Prozent des Handels zwischen der EU, dem größten Handelsblock der Welt, und China finden mit Deutschland statt. Im vergangenen Jahr wurde das Reich der Mitte zum 2. Mal in Folge wichtigster Handelspartner Deutschlands. Das bilaterale Handelsvolumen legte erneut kräftig zu – um neun Prozent auf 186,6 Milliarden Euro. Das stärkere Wachstum der Exporte (12 Prozent auf 86,2 Milliarden Euro) gegenüber den Importen (6 Prozent auf 100,5 Milliarden Euro) reduzierte dabei den

deutschen Importüberschuss auf 14,3 Milliarden Euro. Für die rund 5.200 deutschen Unternehmen im Land war 2017 insgesamt ein überaus erfolgreiches Geschäftsjahr. Gleichzeitig blieben die Zuflüsse an chinesischen Direktinvestitionen in Deutschland mit schätzungsweise rund 11 Milliarden Euro auf einem dem Rekordjahr 2016 ähnlichen Niveau. (Aus zeitlichen und regulatorischen Gründen wurden davon allerdings nur 1,8 Milliarden Euro vollzogen, die übrigen Investitionen stehen in 2018 zum Vollzug an.)

Diese starke wirtschaftliche Verflechtung ist Basis für die strategischen Beziehungen zwischen China und Deutschland; mit keinem anderen Land hält China regelmäßig Regierungskonsultationen in der Form gemeinsamer Kabinettsitzungen ab, wie sie in der 2. Hälfte dieses Jahres in Berlin wieder stattfinden. Gleichzeitig geht damit auch eine gegenseitige Abhängigkeit einher, die immer wieder Quelle von Reibungen ist.

Laut der 2017er [Geschäftsklimaumfrage](#) der Deutschen Handelskammer in China wächst die Sorge der deutschen Unternehmen in China über die Zukunft: Der Wettbewerb im Land nimmt mit steigender Innovationskraft der chinesischen Unternehmen zu, während der gleichberechtigte Zugang zum Markt ein Versprechen der chinesischen Führung bleibt. „Reformmüdigkeit“ nannte die EU-Kammer in China im letzten Jahr die Stimmung unter den ausländischen Unternehmen im Land.

■ Die Partei soll bedeutender werden

Das in vielen Bereichen unscharf formulierte Cybersicherheitsgesetz vom Juni 2017, das im Januar 2018 in Kraft getretene Normungsgesetz und das im Laufe dieses Jahres erwartete Exportkontrollgesetz mit extraterritorialen Elementen stehen für die Absicht, die weit definierte „nationale Sicherheit“ zu wahren. Relevante Entwicklungen auch im Wirtschaftsbereich könnten unter die Kontrolle des Staates bzw. der KP gelangen.

Präsident Xi Jinping hat auf dem 19. Parteitag der KP im Oktober 2017 mit den Worten des Großen Vorsitzenden Mao Zedong angekündigt, die Partei solle „Regierung, Militär, Volk, Erziehung, Ost, West, Süd, Nord und die Mitte“ leiten. Seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten und Vorsitzenden der KPCh vor fünf Jahren ist eine sukzessive Zunahme des Einflusses der Partei zu beobachten.

Besondere Bedeutung kommt der auf dem NVK beschlossenen neuen Nationalen Aufsichtskommission zu, mit der die Antikorruptionskampagne mit weit über die Partei und in den Staatsapparat hineinreichenden Kompetenzen institutionalisiert wird, auch für Nicht-Parteimitglieder. Damit kann eine weitgehende Verschmelzung von Staat und Partei einhergehen.

■ Neue Strukturen für die wirtschaftliche Entwicklung

Auf seiner diesjährigen Sitzung hat der NVK auch eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Straffung der wirtschaftspolitischen Administration beschlossen. Sie unterstreichen den Willen der Regierung, die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft voranzubringen, um langfristig Wohlstand und Wachstum – in den Worten von Präsident Xi Jinping ein „ökologisch ausgewogenes und lebenswertes Umfeld“ – zu sichern.

Bis 2020 soll das pro-Kopf-Einkommen gegenüber 2010 verdoppelt werden, 2035 will China Innovationsführer in allen wichtigen Technikbranchen sein und 2049 – 100 Jahre nach der Staatsgründung – führende Industriemacht.

1. Schaffung eines staatlichen Zentralamts für Marktregulierung mit Kompetenzen in den Bereichen Wettbewerbs- und Kartellrecht, Preispolitik, Lebens- und Arzneimittelsicherheit, Industrie und Handel sowie Qualitätsüberwachung. Dafür wurden Verantwortlichkeiten der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC), des Handelsministeriums (MofCom), des Zentralamtes für Qualitätskontrolle und Quarantäne (AQSIQ), des Zentralamtes für Lebens- und Arzneimittelüberwachung (CFDA) und des Zentralamtes für Industrie und

Handel (SAIC) zusammengelegt. Die neue Behörde wird nicht zuletzt für die Automobilbranche, die Medizintechnik- und Pharmahersteller eine hohe Relevanz haben.

2. Fusion der Banken- und Versicherungsaufsicht in einer Kommission. Dieser Schritt soll mehr Transparenz schaffen und helfen, die hohe Unternehmensverschuldung zu reduzieren. Die Kommission hat kein Gesetzesinitiativrecht, sie wird aber eine tragende Rolle bei der Lösung drängender Probleme wie der Eindämmung der Kapitalflucht und der hohen Schuldenlast sowie die Abwendung einer Bankenkrise spielen.

3. Stärkung der Zentralbank PBOC. Zukünftig wird sie für neue Gesetzes- und Regulierungsentwürfe zuständig sein. Die Aufwertung in einen Ministeriumsrank ist ein weiteres Zeichen dafür, welchen Stellenwert die Finanzstabilität Chinas hat.

4. Schaffung einer Belt and Road Agentur für die Handels- und Infrastrukturinitiativen Chinas im Rahmen der Belt and Road oder „Neuen Seidenstraßen“-Initiative. Die Agentur hat Kompetenzen aus dem Handels- und Außenministerium übertragen bekommen und verfügt über Ministeriumsrank – ein deutliches Signal für den Stellenwert der Initiative in der chinesischen Geo- und Außenwirtschaftspolitik. Inwiefern die Agentur auch als die von der Wirtschaft geforderte Projekt-Koordinierungsstelle agiert, ist noch nicht klar.

5. Schaffung einer Immigrationsbehörde. Dies gilt für in China lebende Ausländer als potentiell wichtiger Schritt hin zu einer verbesserten Visa- und Immigrationspolitik, die vorher in der Zuständigkeit des Ministeriums für öffentliche Sicherheit (MPS) lag. Die Motivation für die chinesische Regierung ist vermutlich nicht nur in der gestiegenen Zu- und Abwanderung, sondern vor allem auch im Wettbewerb um globale Talente zu suchen, die China aufgrund seiner demographischen Entwicklung und wirtschaftlichen Ambitionen zunehmend braucht.

Darüber hinaus wurde mit der Zusammenlegung von National- und Lokalsteuerbehörden ab der Provinzebene eine Reform der Steuerbehörden beschlossen.

Außerdem wurden dem Staatlichen Amt für geistiges Eigentum (SIPO) zusätzliche Kompetenzen übertragen mit dem Ziel, durch den Aufbau eines Systems zum Schutz des geistigen Eigentums sowie die Registrierung und erleichterte administrative Beurteilung von Marken, Patenten und geografischen Angaben die Entwicklung Chinas zu einem Innovationsland zu beschleunigen.

■ Internationale Erfahrung zählt – und Loyalität

Die beschriebenen Maßnahmen sind verbunden mit entsprechenden personellen Weichenstellungen. Viele der neuen Regierungsmitglieder sind enge Vertraute von Präsident Xi Jinping – ein Zeichen von Macht, aber auch von Skepsis gegenüber möglichen Gegnern, die aus der Antikorruptionskampagne erwachsen sind. Die Zentralisierung auf seine Person gilt gleichzeitig als Achillesferse des Systems, denn die Möglichkeit zur Kritik, um auf Fehlentwicklungen hinweisen zu können, wird eingeschränkt.

Hervorzuheben ist der Aufstieg des Wirtschaftsberaters und bisherigen Vizevorsitzenden der NDRC, Liu He zum stellvertretenden Ministerpräsident, er wird künftig die wirtschaftspolitische Strategie der Volksrepublik mitprägen. Der langjährige Zentralbankchef Zhou Xiaochuan wird von dessen eher marktwirtschaftlich orientierten „Schützling“ Yi Gang abgelöst. Künftig wird ihm auch die Festlegung der Regeln für den Banken- und Versicherungssektor obliegen.

Beide stehen mit ihrer Auslandserfahrung beispielhaft für die neue Führungsriege im Wirtschafts- und Finanzsektor. Sie zeigen auch, dass sich China seines Gewichts im internationalen Spannungsfeld bewusst ist. In den jüngsten Spannungen mit den USA zeigt China bereits deutlich, dass es mitspielen kann.

■ Nachhaltiges Wachstums und Erschließung neuer Absatzmärkte

6,5 Prozent hat Ministerpräsident Li Keqiang als Wachstumsziel für 2018 ausgegeben. Eine besondere Rolle bei der Erreichung sollen der Umweltschutz und die Belt and Road Initiative spielen.

Die groß angelegte wirtschaftliche, geopolitische und diplomatische Initiative stößt in Deutschland wie in vielen anderen Ländern auf großes unternehmerisches Interesse und auf ein gewisses Maß an politischer Skepsis. Den Chancen durch die Beteiligung an vielfältigen Projekten stehen ein Mangel an Transparenz, vielerorts schwierige Rahmenbedingungen und die klare Zielsetzung gegenüber, eher chinesische Unternehmen zu fördern.

Für die Unternehmen im Land bleibt abzuwarten, wie die praktischen Konsequenzen des nunmehr in der Verfassung postulierten Primats der Partei aussehen werden – und wie sie sich zu den von Premier Li Keqiang auf der Abschlusspressekonferenz angekündigten Maßnahmen zur weiteren Marktöffnung verhalten. Deutsche Unternehmen haben viel anzubieten, wenn es etwa um Umweltschutz, die Entwicklung der Gesundheitsversorgung, Mobilität und Robotik geht. Die sich bietenden Chancen gilt es mit kurzfristigem Kalkül und strategischem Weitblick zu nutzen.

Ansprechpartnerin:

Vera Philipps

Tel.: 030 20308-2325

E-Mail: philipps.vera@dihk.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)
e.V.

Breite Str. 29, 10178 Berlin

Der DIHK informiert mit "DIHK International Aktuell" zeitnah über internationale Entwicklungen, die für die deutsche Wirtschaft von Bedeutung sind. Dieses Format enthält die Einschätzung des DIHK und erläutert in knapper Form den aktuellen Stand und die Hintergründe.

Der Text ist direkt gegenüber Presseanfragen zitierfähig.